

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 46. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. November 2011, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)	Vorsitzender
Johannes Callsen (CDU)	i. V. von Hans-Jörn Arp
Karsten Jasper (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	i. V. von Markus Matthießen
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	i. V. von Hartmut Hamerich
Regina Poersch (SPD)	
Oliver Kumbartzky (FDP)	
Christopher Vogt (FDP)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)
Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Marion Sellier (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Die AKN wird S-Bahn von Kaltenkirchen bis HH-Eidelstedt	6
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1920	
b) Elektrifizierung der Strecke zwischen Kaltenkirchen und HH-Eidelstedt	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1976	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und SSW Drucksache 17/2002	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen (Spielhallengesetz - SpielhG)	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1934	
3. a) Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen	9
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1958 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2009	
b) Lohnuntergrenzen	
Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1977	
Änderungsantrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/1994	

- 4. a) Die schleswig-holsteinische Erwachsenen- und Weiterbildung** **10**
- Große Anfrage der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/661](#)
- Antwort der Landesregierung
[Drucksache 17/951](#)
- b) Entwurf zur Novellierung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG) zu einem Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (WBG)**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/1854](#)
- 5. Korruption macht nicht an Ländergrenzen halt - Für ein gemeinsames Korruptionsregister Hamburg - Schleswig-Holstein** **11**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1893](#)
- Korruption macht nicht an Ländergrenzen halt**
- Änderungsantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/1993](#)
- 6. Energiewende dezentral, erneuerbar und bezahlbar für die Menschen umsetzen** **12**
- Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/1593](#)
- Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/1649](#)
- 7. Integriertes Energie- und Klimakonzept für Schleswig-Holstein** **13**
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 17/1851](#)

- 8. Bericht des Landesbeauftragten beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2009 bis 2010** **14**

[Drucksache 17/1799](#)

- 9. Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Altenparlament“** **15**

[Umdruck 17/2842](#)

- 10. Verschiedenes** **16**

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Die AKN wird S-Bahn von Kaltenkirchen bis HH-Eidelstedt

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1920](#)

b) Elektrifizierung der Strecke zwischen Kaltenkirchen und HH-Eidelstedt

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1976](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und SSW

[Drucksache 17/2002](#)

(überwiesen am 18. November 2011 an den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/3181](#)

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, legt mit [Umdruck 17/3181](#) seinen Vorschläge für eine interfraktionell getragene Beschlussempfehlung zu den Anträgen [Drucksachen 17/1920](#), [17/1976](#) und [17/2002](#) vor. Nach kurzer Diskussion über die Vorlage und Unterbrechung der Sitzung von 10:18 bis 10:23 Uhr für eine redaktionelle Abstimmung der Vorlagen sprechen die Ausschussmitglieder an den Landtag einstimmig die Empfehlung aus, den nachstehenden Beschluss als selbstständigen Antrag zu übernehmen und mit der Annahme die [Drucksachen 17/1920](#), [17/1976](#) und [17/2002](#) für erledigt zu erklären.

**Elektrifizierung der Strecke Kaltenkirchen-Eidelstedt-Hamburg - AKN
zukunftsicher aufstellen!**

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt das von der Landesregierung entwickelte „Achsenkonzept zum Ausbau des Schienenverkehrs in der Metropolregion Hamburg“, das zur Stärkung der Achse Kaltenkirchen-Eidelstedt-Hamburg eine Elektrifizierung der heutigen AKN-

Strecke und eine Integration dieser Strecke in das Hamburger S-Bahn-Netz vorsieht.

2. Der Landtag unterstützt die Landesregierung, die Elektrifizierung der AKN-Strecke zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt zusammen mit Hamburg dahin gehend zu forcieren, dass bis Ende 2012 die förderrechtlichen Voraussetzungen gegenüber dem Bundesverkehrsministerium geschaffen werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in einem Zukunftskonzept gemeinsam mit dem Hamburger Senat zeitnah eine Neustrukturierung der AKN in die Wege zu leiten und dem Wirtschaftsausschuss zu berichten.
4. In Abstimmung mit Hamburg ist von der Landesregierung eine Übersicht über die Investitionskosten so rechtzeitig vorzulegen, dass vor der notwendigen Beschaffung von Ersatzfahrzeugen für die alten AKN-Waggons, des Ausbaus der Trassen, des Umbaus der Bahnsteige und der Neuausschreibung des Hamburger S-Bahn-Netzes die erforderlichen Entscheidungen für die Einrichtung einer S-Bahn Kaltenkirchen-Hamburg-Eidelstedt getroffen werden können.

Darüber hinaus wird der Vorsitzende gebeten, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft das Votum des Ausschusses mit dem Ziel zu übermitteln, möglichst eine gleichlautende Beschlussfassung auf Hamburger Seite zu erreichen.

Zum Themenkomplex „AKN“ insgesamt verweist St'in Dr. Zieschang nach einer Frage von Abg. Lehnert auf zwei laufende Gutachten, die sich mit der Vergabe, mit europarechtlichen Fragen, mit einer finanzwirtschaftlichen Prüfung, mit Fragen zur Werterhaltung und mit steuerrechtlichen Determinanten befassen würden. Die Vorlage der Gutachten werde für das Frühjahr 2012 erwartet.

Die Nachfrage von Abg. Dr. Tietze, ob die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu gegebener Zeit Einsicht in die Gutachten nehmen könnten, beantwortet St'in Dr. Zieschang dahingehend, dass ihr Haus Ergebnisse der Gutachten in den unter Nr. 3 der Beschlussempfehlung geforderten Bericht einfließen lassen könne.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen
(Spielhallengesetz - SpielhG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1934](#)

(überwiesen am 16. November 2011 an den **Wirtschaftsausschuss** und den
Innen- und Rechtsausschuss)

- Verfahrensfragen -

hierzu [Umdrucke: 17/3153](#), [17/3277](#), [17/3278](#), [17/3279](#), [17/3304](#), [17/3328](#)

Im Rahmen einer kurzen Aussprache beschließt der Ausschuss die Durchführung einer mündlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen werden gebeten, den Kreis der Anzuhörenden bis Freitag, 9. Dezember 2011, an die Ausschussgeschäftsführung zu melden. Als Termin für die mündliche Anhörung wird der 18. Januar 2012, im Anschluss an die Vormittagssitzung des Ausschusses, festgelegt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1958](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/2009](#)

b) Lohnuntergrenzen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/1977](#)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/1994](#)

(überwiesen am 17. November 2011 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

- Verfahrensfragen -

hierzu: [Umdrucke 17/3108, 17/3275, 17/3276, 17/3302](#) (neu), [17/3317, 17/3323, 17/3325, 17/3336](#)

Ebenfalls nach kurzer Diskussion bittet der Ausschuss den federführenden Sozialausschuss zu den Vorlagen unter Beteiligung des Wirtschaftsausschusses eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Die schleswig-holsteinische Erwachsenen- und Weiterbildung

Große Anfrage der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/661](#)

Antwort der Landesregierung

[Drucksache 17/951](#)

(überwiesen am 27. Januar 2011 an den **Bildungsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

b) Entwurf zur Novellierung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes (BFQG) zu einem Weiterbildungsgesetz Schleswig-Holstein (WBG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1854](#)

(überwiesen am 5. Oktober 2011 an den Bildungsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/2535](#), [17/3068](#), [17/3076](#), [17/3123](#), [17/3136](#), [17/3142](#),
[17/3143](#), [17/3156](#), [17/3157](#), [17/3158](#), [17/3159](#), [17/3160](#),
[17/3178](#), [17/3184](#), [17/3185](#), [17/3189](#), [17/3190](#), [17/3191](#),
[17/3193](#), [17/3194](#), [17/3195](#), [17/3196](#), [17/3198](#), [17/3200](#),
[17/3226](#)

Zu a) nehmen die Ausschussmitglieder ohne weitere Aussprache die Antwort der Landesregierung, [Drucksache 17/951](#), abschließend zur Kenntnis.

Zu b) beschließt der Ausschuss, auf ein eigenes Votum zu verzichten und sich der vom federführenden Bildungsausschuss zu erwartenden Beschlussempfehlung anzuschließen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Korruption macht nicht an Ländergrenzen halt - Für ein gemeinsames
Korruptionsregister Hamburg - Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1893](#)

Korruption macht nicht an Ländergrenzen halt

Änderungsantrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/1993](#)

(überwiesen am 18. November an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Die Ausschussmitglieder kommen überein, ihre Beratungen über die Anträge unter Berücksichtigung des vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss noch zu beschließenden Verfahrens aufzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Energiewende dezentral, erneuerbar und bezahlbar für die Menschen umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1593](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1649](#)

(überwiesen am 30. Juni 2011 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Ohne weitere vertiefte Aussprache spricht der Ausschuss unter Einbeziehung des Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der LINKEN die Empfehlung an den Landtag aus, den Änderungsantrag [Drucksache 17/1649](#) abzulehnen.

Ebenfalls unter Berücksichtigung des Votums des beteiligten Umwelt- und Agrarausschusses schlägt der Ausschuss sodann mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von SSW und der LINKEN dem Plenum des Landtags vor, die [Drucksache 17/1593](#) abzulehnen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Integriertes Energie- und Klimakonzept für Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1851](#)

(überwiesen am 5. Oktober 2011 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 17/3064, 17/3124](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 17/1851](#), mit der Maßgabe abschließend zur Kenntnis, dass die vom Finanzausschuss zum Kapitel 7 des Berichts erwartete Stellungnahme dem Wirtschaftsausschuss zu gegebener Zeit ebenfalls zugänglich gemacht werden wird.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Bericht des Landesbeauftragten beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags für Menschen mit Behinderung über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2009 bis 2010

[Drucksache 17/1799](#)

(überwiesen am 6. Oktober 2011 an alle Ausschüsse des Landtags mit Ausnahme des Petitionsausschusses)

Nach Mitteilung durch den Vorsitzenden, Abg. Schröder, dass der Landesbeauftragte aus terminlichen Gründen an der Beratung des Berichts heute nicht teilnehmen könne, er aber um die Möglichkeit der Teilnahme an der Beratung seines Berichts gebeten habe, wird die Erörterung des Tagesordnungspunkts auf die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 1. Februar 2012 verschoben.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Beschlüsse der 23. Veranstaltung „Altenparlament“

[Umdruck 17/2842](#)

Die Ausschussmitglieder nehmen die Beschlüsse des Altenparlaments zur Kenntnis und stellen es den Fraktionen anheim, sich daraus ergebende parlamentarische Initiativen zu ergreifen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Zur Sicherstellung einer zeitnahen Behandlung der nachstehend genannten Themen am 18. Januar 2012, vormittags, verschieben die Ausschussmitglieder den ursprünglich für diesen Termin geplanten Besuch beim S-H Energieeffizienzcenter in Neumünster auf einen später noch festzulegenden Zeitpunkt.

Auf Antrag von Abg. Poersch wird sich der Ausschuss in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr 2012 im Wege der Selbstbefassung mit den Vorlagen zum Themenkomplex Bundeswehr-Standortschließungen in Schleswig-Holstein (Anträge [Drucksachen 17/1940](#), [17/1973](#), [17/1974](#), [17/2013](#) und 17/1978) befassen.

Dem sollen sich die Tagesordnungspunkte „Gefällte Bäume beim ÖPP-Projekt L 192“ (auf Antrag der SPD, [Umdruck 17/3280](#)), „Bericht der Landesregierung über den Stand der Wiederaufnahme der einzelbetrieblichen Förderung GA im Landesteil Schleswig“ (auf Antrag der Fraktion des SSW, [Umdruck 17/3187](#)) und „Beherbergungsmaßnahmen im Tourismus“ (auf Antrag der Fraktion der SPD, [Umdruck 17/3188](#)) anschließen.

Am Nachmittag dieses Sitzungstages (ab 13 Uhr) wird der Ausschuss seine mündliche Anhörung - wie eingangs beschlossen - zum Spielhallengesetzentwurf durchführen.

Auf eine Bitte von Abg. Dr. Tietze befasst sich der Ausschuss sodann mit der aktuellen Situation beim Partikeltherapiezentrum in Kiel.

Der von Abg. Dr. Tietze einleitend geäußerten Bitte, den Termin für die Einsichtnahme in die von ihm noch nicht durchgearbeiteten Akten zum PTZ bis Ende nächster Woche zu verlängern, wird von St'in Dr. Zieschang entsprochen.

Zum Sachverhalt selbst führt St'in Dr. Zieschang sodann aus, dass nach dem Rückzug des Siemens Konzerns aus dem Projekt gemeinsam mit dem UK-S-H-Vorstand vereinbart worden sei, potenzielle Investoren für eine Übernahme zu finden. Im Rahmen der dafür gesetzten Frist habe es auch einen ersten Kontakt mit einem Interessenten am Montag dieser Woche gegeben. Im Ergebnis sei aber unverändert nicht klar, ob das Interesse dieses Investors belastbar sei. Deshalb seien diesbezüglich noch „Hausaufgaben“ vereinbart worden, die dem Ziel

dienen sollten, einen Nachweis zu liefern, dass das Interesse des Investors an der Übernahme tatsächlich belastbar sei. Bedingung für das gesamte Verfahren sei, dass ein wirtschaftliches Risiko für das Land ausgeschlossen sei. Das Risiko müsse auch für den Betrieb beim potenziellen Investor liegen.

Nach Auskunft des Fachreferats im MWV wolle der hier in Rede stehende dänische Investor die PTZ-Anlage übernehmen und stehe auch im Kontakt mit Siemens. So solle heute ein Gespräch mit Siemens in Kopenhagen u. a. zu der Frage stattfinden, wann Siemens Teile der Anlage abbauen und - wie geplant - nach Shanghai verbringen könne. Zurzeit gebe es mithin diesbezüglich sowie hinsichtlich der Gesellschafterstruktur, der Preisvorstellungen von Siemens noch sehr viele Fragezeichen, die erst im Rahmen weiterer Konkretisierungen und Verhandlungen aufgelöst werden könnten. Auf jeden Fall solle sichergestellt werden, dass das Land nicht in eine nachteilige Position gerate.

Zu gegebener Zeit sollen neben Informationen in den primär zuständigen Ausschüssen für Wissenschaft und Bildung sowie Finanzen Sachstandsunterrichtungen im Wirtschaftsausschuss erfolgen.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 11:05 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer